

Pressemitteilung

17.3.2025

Bündnis „Wohnungsnot durch Umwandlung und Eigenbedarfskündigungen“ stellt Forderungen an die Parteien der Koalitionsverhandlungen und kündigt kurzfristige Aktionen an

Die Umwandlung von Wohnraum in Eigentumswohnungen ist in vielen Städten Deutschlands weit vorangeschritten. Viele Menschen drohen durch Eigenbedarfskündigungen ihre bezahlbare Wohnung zu verlieren.

Um die Wohnungsnot zu stoppen, die durch Umwandlung und Eigenbedarfskündigungen entsteht, fordern die Partner des neuen Bündnisprojektes zupackende Reformen von der zukünftigen Bundesregierung. Damit die Forderungen des Projektbündnisses in den Koalitionsvertrag eingehen, wurden diese den Verhandlungsführern der Koalitionsverhandlungen vergangene Woche mitgeteilt.

Die Forderungen sind:

1. **Weitere Umwandlungen verhindern**
2. **Gemeinwohlorientierte Ankäufe und Vorkaufsrecht stärken!**
3. **Transparenz schaffen!**
4. **Eigenbedarf einschränken!**
5. **Obdachlosigkeit verhindern**

Die Forderungen im Detail unter: www.wohnungsnot-stoppen.de/forderungen

Zum Abschluss der Verhandlungsrunden plant das Projektbündnis Anfang kommender Woche eine **medienwirksame Aktion in mehreren Städten**.

Im April wird das Bündnisprojekt zu einem **bundesweiten Krisengipfel** in Berlin einladen.

Ziel des Projektes ist es Mieter*innen zu beraten und zu informieren. Das Problembewusstsein zum Thema Umwandlung soll vertieft und verstärkt werden. Vom Gesetzgeber auf Bundes- und Landesebene werden Instrumente und gesetzliche Reformen zur Entschärfung der Problemlage eingefordert.

Hierfür werden laufend Informations- und Diskussionsveranstaltungen durchgeführt sowie Informationsmaterial erstellt, das für betroffene Menschen hilfreich ist. Digitale Informations- und Kommunikationsmöglichkeiten werden genutzt. Vorliegende Berichte, Studien und Daten werden zusammengetragen und ausgewertet. Um die Problemlage und zukünftige Entwicklungen besser zu verstehen sowie weitere notwendige Maßnahmen identifizieren zu können, werden Studien und Gutachten beauftragt. Eine breite bundesweite Allianz zwischen Politik, Zivilgesellschaft und Wohnungswirtschaft wird aufgebaut. Das Projekt ist zunächst auf zwei Jahre angelegt.

Partner im Bündnisprojekt:

Deutscher Mieterbund

Berliner Mieterverein

Mieterverein zu Hamburg

Mieterverein München

Christoph Brzezinski, CDU, BA Charlottenburg-Wilmersdorf

Ephraim Gothe, SPD, BA Mitte

Eva Majewski, CDU, BA Tempelhof-Schöneberg

Cornelius Bechtler, Grüne, BA Pankow

Florian Schmidt, Grüne, BA Friedrichshain-Kreuzberg

Jochen Biedermann, Grüne BA Neukölln

Camilla Schuler, Die Linke, BA Lichtenberg

Klaus Mindrup, MdB 2013-2021, aktiver Genossenschaftler

ASUM Mieterberatung

Mieterberatung Prenzlauer Berg

AKS Gemeinwohl

Webseite des Bündnisprojektes: www.wohnungsnot-stoppen.de

Präsentation zur Pressekonferenz vom 17.03.2025:

<https://www.wohnungsnot-stoppen.de/2025/03/15/einladung-zur-pressekonferenz/>